



Veränderung der Arbeit(swelt) in ländlichen Räumen durch ein Bedingungsloses Grundeinkommen

Jens-Eberhard Jahn*

Der Begriff „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE) bezeichnet sozialpolitische Finanztransfermodelle, die vorsehen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger eine gesetzlich festgelegte und für jeden gleiche finanzielle Zuwendung vom Staat erhält. Dafür müsste keine Gegenleistung erbracht werden. Das BGE allein sollte existenzsichernd sein.

Diese Idee gibt es weltweit: So wird der Vorschlag z. B. in den USA hauptsächlich unter dem Namen Basic Income Guarantee (BIG) diskutiert, weitere Bezeichnungen im deutschen Sprachraum sind beispielsweise: Sozialdividende, Bürgergeld, Existenzgeld. In einem Pilotprojekt in Namibia wird das BGE als Basic Income Grant (BIG) bezeichnet.

100 N\$ ohne Gegenleistung – eine Erfolgsgeschichte in Afrika

Dieses entwicklungspolitische Modellprojekt in Namibia löste weltweit kontroverse Debatten aus: Von Januar 2008 bis Dezember 2009 wurde an die Bewohner der Siedlung Otjivero-Omitara ein Bedingungsloses Grundeinkommen ausgezahlt. Jede Bewohnerin und jeder Bewohner dieser Landarbeiter-siedlung 100 km östlich von Windhoek erhielt 100 N\$ (ca. 9 €) pro Monat – ohne jede Gegenleistung. Die Summe deckt rund ein Drittel des geschätzten Existenzminimums ab und kann nach europäischen Kriterien daher nur als partielles Grundeinkommen bezeichnet werden. Mehrköpfigen Familien in ländlichen Gegenden reicht es immerhin fast zum Überleben. Daher hat sich das BIG als effizientes Mittel zur Armutsbekämpfung bewährt: Unterernährung und

Krankheiten gingen zurück, mehr Kinder wurden zur Schule geschickt, die Kriminalität sank und die Qualität der Wohnstätten verbesserte sich.

Die Menschen gründeten kleine Unternehmen oder investierten in bestehende: Eine Frau kaufte eine Nähmaschine, eine Gruppe gründete einen Dorfladen, eine andere Frau begann mit dem Backen und Verkauf von Brötchen und ein Dorfbewohner brannte Ziegelsteine – zuerst nur für den Bau seines Hauses, dann nach und nach für die Nachbarn. Dank Grundeinkommen war insgesamt die Kaufkraft gestiegen, so dass alle Menschen im Ort Produkte kaufen und Dienstleistungen nachfragen konnten.

Aufgrund des Erfolgs dieses Projekts fordern jetzt viele ein Grundeinkommen für ganz Namibia. Auch in Alaska gibt es seit 1976 ein Grundeinkommen (Alaska Permanent Fund) aus den Gewinnen der lokalen Ölförderung. Dessen Höhe ist allerdings nicht existenzsichernd. In Brasilien wird die Einführung eines Grundeinkommens vorbereitet. Und seit Jahrzehnten wird es auch in Europa diskutiert.

Kurze Geschichte einer Idee

Vor 25 Jahren gründete der belgische Philosoph Philippe Van Parijs das Europäische Grundeinkommens-Netzwerk (BIEN). In Deutschland war das Grundeinkommen in den 80er Jahren Thema in grünen und sozialkatholischen Kreisen sowie bei der Erwerbslosenbewegung: Hier reiften die theoretischen Herleitungen der Idee aus Ökonomie, Philosophie, Theologie... In den 90ern geriet das Thema fast in Vergessenheit.

Dann kamen Agenda 2010 und Hartz-Gesetze. 2004 gründeten Grundeinkommensanhänger aus Katholischer Arbeitnehmer-Bewegung, Bündnis90/Die Grünen und PDS (heute: DIE LINKE) gemeinsam mit anderen das Netzwerk Grundeinkommen in Deutschland als deutsche Sektion des BIEN. Im selben Jahr wurde das BIEN zum weltweiten Netzwerk.



Junge in Otjivero, Namibia, mit 100 N\$-Schein

* Jens-Eberhard Jahn, Gründungsmitglied des Netzwerks Grundeinkommen und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag, Tel. (030) 227 72461, www.alexander-suessmair.de

Der Unternehmer Götz Werner, Leiter der Drogeriekette dm, meldete sich zu Wort. Er bezeichnete Hartz IV als „offenen Strafvollzug“ und forderte ein BGE für alle. Der ehemalige thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) forderte ein „solidarisches Bürgergeld“ von 600 € (+ 200 € Krankenversicherung). Die stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping, setzt sich seit 2003 für ein Grundeinkommen von 1 000 € ein. Und nur knapp verfehlte 2007 die Forderung nach einem Grundeinkommen eine Mehrheit auf dem Parteitag der Grünen. In der SPD wird das Thema prominent nicht debattiert und das „Bürgergeld“ der FDP ist kein BGE.

Wie gerade ländliche Räume vom Grundeinkommen profitieren würden

Die Debatte hat längst die städtischen, akademischen Hinterzimmer verlassen und ist auch im ländlichen Raum angekommen. Susanne Wiest aus dem strukturschwachen Vorpommern richtete 2009 eine Petition mit der Forderung nach einem Grundeinkommen an den Bundestag. In nur wenigen Wochen fand sie über 50 000 Unterstützerinnen und Unterstützer. Genug, dass der Bundestag dazu eine Anhörung durchführen musste. Diese Anhörung fand im November 2010 unter reger Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern aus allen Teilen der Republik statt.

Was als intellektuelle Idee urbaner Christinnen und Christen, Liberaler, Grüner und Linker entstanden war, ist vielleicht gerade für die Bewohnerinnen und Bewohner „strukturschwacher“ ländlicher Räume interessant¹. Im Hochschwarzwald plädiert der CDU-Arbeitsmarktexperte Thomas Dörflinger, MdB, für ein Grundeinkommen. Aber längst nicht mehr nur die Fachleute für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik äußern sich: Auch die landwirtschaftspolitische Sprecherin der Bündnisgrünen in Brandenburg, Sabine Niels, setzt sich für ein Grundeinkommen ein.

Und Alexander Süßmair, Sprecher für ländliche Räume in der Bundestagsfraktion DIE LINKE, meint sogar: „Ein Bedingungsloses Grundeinkommen könnte ländliche Räume stabilisieren helfen und deren Bewohnerinnen und Bewohnern den Druck nehmen, wegziehen zu müssen. Ein Grundeinkommen würde die Kaufkraft in ländlichen Räumen erhöhen und somit dort für wirtschaftliche Perspektiven sorgen.“²

Wie wäre es, wenn nicht nur Landwirtinnen und Landwirte, sondern alle Menschen in ländlichen Räumen „Direktzahlungen“ erhielten?

- Das Grundeinkommen wäre dann eine Art „Bleibeprämie“, um das demografische Ausbluten strukturschwacher Regionen zu verhindern, weil es wie ein Bürgerrecht ohne Gegenleistung gewährt wird. Ein Grundeinkommen hätte eine ökologische Leitwirkung: Ökologisch problematische Großprojekte könnten nicht mehr damit gerechtfertigt werden, dass die Menschen auf der Suche nach Einkommen abwandern, falls sie nicht realisiert werden.
- Ländliche Kulturen, auch Sprachen und Kulturen ethnischer Minderheiten wie der Dänen, Friesen und Sorben/Wenden, könnten so unterstützt und erhalten werden.
- Ein Grundeinkommen könnte zu mehr Selbstbestimmung über das eigene Leben und die eigene Zeit führen; es würde die Lebensqualität erhöhen; es wäre schlussendlich hilfreich, um die herrschende, nicht nachhaltige Wachstumsideologie entthronen zu können.
- Ein Grundeinkommen würde wirtschaftliche, soziale und kulturelle Initiativen absichern helfen. Kleine Unternehmen könnten ohne Existenzangst aufgebaut oder weitergeführt werden. „Statt auf Bürokratie und Kontrolle, die unseren Sozialstaat heute auszeichnen, wird auf Eigenverantwortung, Freiheit und Sicherheit gesetzt“, wie es der frühere thüringische Staatssekretär Hermann Binkert, CDU, formuliert³.

Der Mensch selbst wäre Maßstab für eine solche „Direktzahlung“, nicht der Hektar. Dies würde auch Landwirtinnen und Landwirten Sicherheit geben, wenn eines Tages die derzeitigen EU-Direktzahlungen wegfallen sollten und das Einkommen mehr als heute am Markt erzielt werden müsste.

Finanzierbarkeit des BGE belegt

Skeptiker und Gegner eines Bedingungslosen Grundeinkommens führen an, dass es nicht finanzierbar sei. Die finanziellen Aufwendungen, auch die Finanzierungsquellen, sind abhängig vom jeweiligen Modell und von der Höhe des Betrages. Grundeinkommensmodelle gibt es wie Sand am Meer: Arbeitsloseninitiativen warten hier ebenso mit durchgerechneten Konzepten auf wie die o. g. Parteien und Initiativen sowie Einzelpersonen aus Wissenschaft und Wirtschaft. Immer wieder haben Ökonomen die prinzipielle Finanzierbarkeit unterstrichen.

„Dann würde ja keiner mehr arbeiten...“ ist ein häufiges Argument gegen ein Grundeinkommen. Nun, „faule“ Menschen gibt es auch heute schon, sie wird es immer geben. Aber ein Grundeinkommen gibt den Menschen ja erst die materielle Möglichkeit zur Freiheit, zur selbst bestimmten Aktivität. Das muss nicht zwangsläufig Erwerbsarbeit sein.

¹ Auch sozialwissenschaftliche Seminararbeiten entstanden bereits zu diesem Thema: <http://www.grin.com/de/e-book/166943/ein-grundeinkommen-fuer-den-laendlichen-raum>.

² Alexander Süßmair in einer Presseerklärung vom 09.11.10: „Grundeinkommen könnte ländliche Räume stabilisieren.“

³ Hermann Binkert (2009): „Ein Konzept für den Sozialstaat von morgen“, in: J.-E. Jahn (Hg.), Ta anankaia euporista. Texte zum Grundeinkommen, Freiburg: ZAS, 98-104, 104.

Aber ohne materielle Grundlage ist Freiheit eine Worthülse. Und unter uns: Der materielle Anreiz zur Arbeit wäre selbst für diejenigen noch vorhanden, die wenig Arbeitswut verspüren: 600 €, 800 €, 1 000 € – das reicht nur Wenigen längerfristig aus.

„Das Grundeinkommen ist ja nur ein Almosen für diejenigen, die im Erwerbsprozess nicht mehr gebraucht werden...“ argumentieren die Befürworterinnen und Befürworter der Vollbeschäftigung. Nur ist Vollbeschäftigung bei derzeitiger Produktivität mindestens so utopisch wie ein Grundeinkommen. Und wer sagt, dass nur Erwerbsarbeit vollwertige Arbeit ist? Hier wird ein Paradigmenwechsel stattfinden müssen, weg von einer Erwerbsgesellschaft und hin zu einer Tätigkeitsgesellschaft. Das beinhaltet ganz konkret und materiell eine Aufwertung von Ehrenamt, Bildung, Eigenarbeit, Zeiten für Erziehung und Pflege von Familienangehörigen. Aber auch freiberufliche Tätigkeit würde ein BGE absichern helfen.

Ländliche Räume als „Avantgarde“?

Ein anderer Einwand scheint gewichtig: Wäre es verfassungskonform, wenn nur Bürgerinnen und Bürger in den ländlichen Räumen ein Grundeinkommen erhielten, nicht aber die Menschen in den Ballungsräumen? Dort sind die Lebenshaltungskosten doch eher höher als auf dem Lande. Mittel- bis langfristig wäre eine derartige Ungleichbehandlung von Stadt und Land sicher weder zielführend noch begründet. Ein Vorsprung des ländlichen Raumes vor den Ballungsräumen im Falle der Einführung eines Grundeinkommens wäre jedoch durchaus sinnvoll. Eine solche Ungleichzeitigkeit wäre ein Beitrag zum Abbau struktureller Defizite und ein Schritt zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland.

Experimente wagen: Mit Pilotprojekten beginnen

Doch all dies ist Zukunftsmusik. Aber kurzfristig wäre es machbar, solch ein ländliches Grundeinkommen einmal modellhaft auszuprobieren – in einem Landkreis, einer Region. Ein Experiment wagen in einer strukturschwachen Region. Hier ist die Politik gefragt. Hier ist aber auch die Zivilgesellschaft vor Ort gefragt, ein derartiges Pilotprojekt anzustoßen. Denn warum sollte Deutschland, sollte Europa, bei allen Unterschieden, nicht auch mal von Namibia, von Afrika, lernen können? ■

Tabelle: Vergleich Monatseinkommen Single heute mit Monatseinkommen Single bei ausgewählten BGE-Modellen⁴

Bruttoeinkommen	Netto heute	Solidarisches Bürgergeld (Althaus, CDU)	BGE der BAG DIE LINKE	Grüne Grund-sicherung
0	649**	600	1 000	860***
500	828	850	1 271	930
1 000	908	1 100	1 542	1000
1 500	1 071	1 350	1 770	1 250
2 000	1 337	1 700	1 987	1 500
2 500	1 589	2 075	2 193	1 750
3 000	1 828	2 450	2 389	2 000
5 000	2 770	3 950	3 060	3 000
10 000	5 515	7 700	4 520	5 500
30 000	16 377	22 700	10 360	15 500

* In Anlehnung an Blaschke, Ronald. 2010. „Aktuelle Ansätze und Modelle von Grund-sicherungen und Grundeinkommen in Deutschland. Vergleichende Darstellung“, in: Blaschke, R., A. Otto & N. Schepers (Hrsg.): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten. Berlin: Dietz, 301-382; 318.

** Für die Berechnung der Hartz-IV-Aufstockung bis zum Tabellenbruttowert 1 000 wurde für die Kosten der Unterkunft und Heizung der Durchschnittswert von 290 zugrunde gelegt.

*** Inklusive Kosten der Unterkunft und Heizung.

Finanzierung des Grundeinkommens

Je nach Modell unterscheidet sich die Finanzierung des Grundeinkommens. dm-Chef Götz Werner propagiert die Finanzierung des BGE im Rahmen einer radikalen Steuerreform: Die Mehrwertsteuer soll erhöht, alle anderen Steuern abgeschafft werden. Seine Begründung: Am Ende finden sich sowieso alle direkten und indirekten Steuern im Endpreis eines Produktes oder einer Dienstleistung wieder. Dagegen spricht, dass gering Verdienende einen größeren Teil ihres Einkommens für den Lebensunterhalt aufwenden müssen als besser Verdienende: Durch eine Mehrwertsteuererhöhung wären Ärmere automatisch benachteiligt. Es würde Geld von Unten nach Oben verteilt, wenn Arme den Reichen das Grundeinkommen finanzieren. Werner hält dagegen, dass die Mehrwertsteuer gestaffelt gestaltet werden könnte: 0 % für Grundbedarf bis 100 % für Luxusgüter.

Die Modelle von Katholischer Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), BAG Grundeinkommen (DIE LINKE), Bündnisgrünen und anderen sehen zur Finanzierung u. a. Quellen wie Bürokratieabbau, Finanztransaktionssteuer, Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Erhöhung des Spitzensteuersatzes vor.

Darüber hinaus soll es bei einigen Modellen eine zusätzliche „Grundeinkommensabgabe“ geben: Bei der „Grünen Grundsicherung“ 25 % auf alle Bruttoeinkommen, DIE LINKEN sehen 35 % vor und beim Existenzgeld der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen sind es 50 %.

Das Solidarische Bürgergeld (Althaus-Modell) wird als „negative Einkommenssteuer“ ausgezahlt: Die Finanzierung erfolgt über den 50-prozentigen Transferentzug bei Einkommen bis 1 600 €, ab 1 600 € über eine 25-prozentige Einkommenssteuer auf alle Bruttoeinkommen.

In den meisten Modellen bleiben Ansprüche aus Versicherungsleistungen (ALG I, Rente) erhalten.

⁴ In „Die Ostdeutschen als Avantgarde“ (2002, Berlin: Aufbau) plädiert der Soziologe Wolfgang Engler für ein bedingungsloses Grundeinkommen.